

Persönlich / Vertraulich

Protokoll

Anlass	184. Sitzung der Kommission Bildung und Forschung
Ort	Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich
Datum	Freitag, 6. Februar 2026
Zeit	09:30 – 12:00 Uhr
Anwesend	Nina Bachmann (Swiss Textiles); Barbara Bader (HSLU); Bettina Balmer (Nationalrätin); Liliane Brunner Halbach (F. Hoffmann-La Roche AG); Alain Gut (IBM Schweiz); Franziska Hedinger (Schweiz. Baumeisterverband); Rita Hidalgo (scienceindustries); Regula Jöhl (ZHAW); Stefan Leuenberger (Kalaidos Bildungsgruppe); Armand Linge (Swiss Medtech); Ulrich Jakob Looser (Präsident; BLR & Partners); Rudolf Minsch (economiesuisse); Katrin Milzow (SNF, Vertretung); Reto Müller (BLR Partners AG); Noël Palushaj (scienceindustries); Jean-Marc Piveteau (Präsident der SCNAT); Andreas Rüfenacht (Nestlé SA); Peter Ryser (EPFL); Stephan Schreckenber (Swiss Re AG); Sonja Studer (Swissmem); Nadine Wüthrich (economiesuisse)
Online	Maurice Campagna (CEC); Dieter Flückiger (Flückiger + Bosshard AG); Dominique Gruh-Bégin (Innosuisse); Catherine Lance Pasquier (FER); Nicole Meier (SAV); Martin Missbach (Novartis); Klaus Müller
Entschuldigt	Anton Aschwanden (Google Switzerland); Michael Altorfer (Swiss Biotech Association); Nicolas Aune (FER); Bernhard Blank (Gymnasium Lerbermatt); Daniela Decurtins (VSG); Markus Enggist (ATRASIS GmbH); Corine Fiechter (economiesuisse); Andrea Gmür-Schönenberger (Ständerätin); Adam Gontarz (Swissmem); Matthias Kaiserswerth (Hasler Stiftung); Michael Käppeli (ETH-Rat); René Lenggenhager (Novaxent GmbH); Christoph Leuenberger (ETH Rat); Ernst Lutz (NV Bekaert SA); Carolina Müller-Möhl (Müller-Möhl Group); Stephan Mumenthaler (scienceindustries); Florian Némethi (Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie); Andreas Obrist (SVV); Martin Riediker (Touchless Biometric Systems AG); Dominique Steiner (Schweiz. Bankiervereinigung); Markus Tanner (UBS AG); Werner Tschan (Tschan Management AG); Beat Walti (Wenger & Vieli AG); Thomas Werder (SNF); Karin Vallone (HKBB)
Gäste	Andrea Schweizer (PH Zürich)
Protokoll	Nadine Wüthrich, 12. Februar 2026

Traktanden

- Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.11.2025
- Mitteilungen des Präsidenten und des Sekretariats
- Überblick Arbeitsprogramm
- Referat von Andrea Schweizer, Rektorin PH Zürich, Thema «Zukunft gestalten. Zeitgemässe Lehrpersonenbildung und ihre Herausforderungen»
- Varia

Der Präsident begrüsst die Mitglieder der Kommission zur ersten Sitzung des Jahres.

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14. November 2025

Der Präsident begrüsst die Anwesenden und stellt die neuen Mitglieder vor.

- Armand Linge (Swiss Medtech), ersetzt Daniel Delfosse
- Remo Steinmetz (Swiss Re AG), ersetzt Stephan Schreckenber
- Rita Hidalgo (scienceindustries), Leiterin Bildung, kommt neu zusätzlich zu Noël Palushaj in die Kommission
- Katrin Milzow (SNF), Co-Direktorin des SNF und Vertreterin von Thomas Werder

Stephan Schreckenber bedankt sich bei der Kommission für die wertvolle und angenehme Zusammenarbeit. Der Präsident bedankt sich herzlich für dessen langjähriges Engagement in der Kommission.

Der Präsident berichtet, dass Julia Heinzer Accenture verlässt und daher aus der Kommission austritt. Die Nachfolge ist noch ausstehend.

Das Protokoll zur Sitzung vom 14. November 2025 wird genehmigt.

2 Mitteilungen des Präsidenten und des Sekretariats

Ruedi Minsch berichtet von der letzten Sitzung des Vorstandsausschusses (VA) vom 26. Januar 2026. Er erinnert daran, dass im vergangenen Jahr eine Restrukturierung der Geschäftsstelle von *economiesuisse* erfolgt sei. Neu seien die Fachbereiche Standortpolitik sowie Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft geschaffen worden. Zudem werde das Public-Affairs-Team künftig an jeder VA- und VO-Sitzung eine politische Lageeinschätzung aus Bundesbern abgeben.

economiesuisse habe beschlossen, die Interessenpolitik der Wirtschaft stärker zu bündeln und die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Verbänden zu intensivieren. Die Wirtschaft sei aktuell teilweise fragmentiert; Ziel sei es daher, bereichsübergreifende Anliegen klarer zu strukturieren und die Mitglieder stärker einzubinden. Besonders wichtig sei es, auch einzelne Unternehmen gezielt in Kommissionen einzuladen, da dies die Glaubwürdigkeit erhöhe (analog dem Vorgehen mit Thermoplan bei den Verhandlungen zu den US-Zöllen). Bei den Bilateralen III solle dieser Ansatz erstmals konsequent umgesetzt werden. Dafür sei eine Projektstruktur aufgebaut worden, um die Integration von Verbänden und Unternehmen besser zu kanalisieren. Die Arbeit werde anspruchsvoll, die Position sei jedoch klar: Im Vorstand hätten lediglich zwei Stimmen nicht zugestimmt. Die Mitgliedschaft stehe deutlich hinter den Bilateralen III, was in Bundesbern jedoch nicht immer entsprechend wahrgenommen werde.

Alain Gut berichtet, dass der Kanton Zürich eine Umfrage zur Wahrnehmung der Zürcher Wirtschaft in der Bevölkerung durchgeführt habe. Während die Wirtschaft insgesamt positiv beurteilt werde, würden internationale Unternehmen eher negativ wahrgenommen. Der Beitrag dieser Firmen zum Erfolg des Wirtschaftskantons Zürich werde von der Bevölkerung häufig unterschätzt.

Ruedi Minsch betont die Bedeutung einer aktiven Kommunikation über die Rolle der Wirtschaft für den Wohlstand der Schweiz. In diesem Zusammenhang sei man auch mit der Kampagne *stark+vernetzt* engagiert. Er zeigt sich insgesamt etwas optimistischer als zuvor. Die Entwicklungen rund um die US-

Politik hätten bei vielen das Bewusstsein dafür geschärft, wie stark der Schweizer Wohlstand von internationalen Beziehungen abhängt. In Bezug auf die «10-Millionen-Schweiz»-Initiative rechnet man mit einer knappen Entscheidung, erwartet aber eher eine Ablehnung. Die Volksabstimmung zu den Bilateralen III werde voraussichtlich erst im Frühjahr 2028 stattfinden.

Bettina Balmer weist darauf hin, dass die Parlamentswahlen einen grossen Einfluss hätten und dies ein Grund dafür sei, die Abstimmung zu den Bilateralen III möglichst hinauszuzögern. **Begründung: diejenigen Politiker, die pro Bilaterale III sind und die FDP und nicht die SVP stärken wollen, hätten gerne die Bilateralen III vor den NR-Wahlen durchgezogen – aber hinauszögern ist halt viel einfacher als etwas nach Zeitplan durchziehen.**

Ruedi Minsch zeigt sich zuversichtlich, dass die Bevölkerung erkenne, wie wichtig eine gute Zusammenarbeit mit Europa für die Schweiz sei. Die Verträge seien insgesamt eine gute Ausgangslage, auch wenn sie nicht perfekt seien. Kritisch sei insbesondere die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie, etwa in Bezug auf den Familiennachzug, da dies die politische Diskussion erschwere. Von den 14 vorgesehenen Massnahmen seien 13 gut mittragbar. Problematisch sei jedoch Massnahme 14, welche für Gewerkschaftsmitglieder, die sich im Betrieb engagieren, eine spezielle Kündigungsfrist vorsieht. Diese Massnahme sei politisch sehr heikel. Der Bundesrat werde wohl in der Botschaft ans Parlament daran festhalten. Entscheidend sei, ob noch ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden könne; andernfalls drohe eine erneute Fragmentierung der Unterstützung, was der Gesamtvorlage schaden würde. Als weiteren Vorteil der Bilateralen III nennt **Ruedi Minsch** die erstmalige Möglichkeit für die Schweiz, ein Schiedsgericht anzurufen.

Weiter berichtet er, dass im VA ein Kampagnenbeitrag zur Tierversuchinitiative beschlossen worden sei. **economiesuisse** werde sich aktiv an der Kampagne beteiligen und ein entsprechendes Dossier erarbeiten.

Der Präsident unterstreicht die Bedeutung, Unternehmen und Mitglieder in diese Kampagne einzubeziehen. **Ruedi Minsch** stimmt dem zu und bittet die Kommissionsmitglieder, sich bei Nadine Wüthrich zu melden, falls sie Inputs beitragen möchten.

Auf Nachfrage des **Präsidenten** zur Kampagnenverantwortung erklärt **Ruedi Minsch**, **dass dies im Vorstandsausschuss von economiesuisse noch zu besprechen und zu entscheiden ist.** **economiesuisse** unterstütze die Kampagne. Es gehe nicht nur um Tierversuche, sondern um eine grundsätzliche ideologische Einflussnahme auf die Forschung. Es bestehe die Gefahr einer Einschränkung der Forschungsfreiheit; man wolle keine Definitionen darüber, was „gute“ oder „schlechte“ Forschung sei. Das Dossier zur Tierversuchinitiative solle bis zur nächsten Sitzung der Kommission Bildung & Forschung als Entwurf vorliegen.

→ Ein aktueller NZZ-Artikel zum Thema Exzellenz in der Bildung & Forschung ist dem Protokoll beigelegt.

Katrin Milzow merkt an, dass es bisher beim SNF noch keinen Austausch zur Tierversuchinitiative gegeben habe. Sie verweist auf ein Projekt zur Förderung verantwortungsvoller Forschung und zur Suche nach Alternativen. Ein Dialog sei sehr erwünscht.

Liliane Brunner hält fest, dass die Regulierung in der Schweiz bereits sehr hoch sei. Durch weitere Verschärfungen bestehender Regelungen werde den Tieren nicht geholfen; vielmehr entstehe zusätzliche Bürokratie, was nicht im Interesse des Tierwohls sei und die Schweizer Forschung international benachteilige.

Reto Müller erkundigt sich nach den konkreten Zielen des Bürokratieabbaus von **economiesuisse**.

Ruedi Minsch erklärt, dass Beispiele für ineffiziente Bürokratie und problematische Regulierung gesammelt und in den politischen Prozess eingebracht würden. Als bisherigen Erfolg nennt er 28 vom Bundesrat beschlossene Massnahmen, auch wenn das Ambitionsniveau begrenzt sei. Kommissionsmitglieder seien eingeladen, weitere Beispiele bei ihm oder Nadine Wüthrich einzubringen.

Stephan Schreckenberg regt an, Wirkungsanalysen von Regulierungen (Impact Assessments) zu verstärken, insbesondere im Hinblick auf Kosten-Nutzen-Abwägungen.

Ruedi Minsch weist darauf hin, dass auf Gesetzesstufe bereits Regulierungsfolgeabschätzungen existierten, die Qualität dieser Analysen jedoch fraglich sei.

Peter Ryser fragt nach dem zusätzlichen Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit den Bilateralen III.

Ruedi Minsch bestätigt, dass dies ein häufiges „Killerargument“ in Podiumsdiskussionen sei. Tatsächlich betreffen die Bilateralen III jedoch nur rund 1 Prozent des Binnenmarktes. Der grösste Teil der Regulierung liege ausserhalb der Regulierungsbereiche, welche die Schweiz übernehmen würde. Übernommen werde lediglich ein Teil des Binnenmarktrechts, etwa im Bereich der technischen Handelshemmnisse. So sei es beispielsweise sinnvoll, Änderungen an EU-Vorschriften für Kühlschränke zu übernehmen. Ein weiteres Beispiel sei die Personenfreizügigkeit: Ohne diese müssten Unternehmen bei kantonalen Behörden Anträge stellen und nachweisen, dass keine geeigneten Arbeitskräfte auf dem Schweizer Arbeitsmarkt verfügbar seien.

Nadine Wüthrich gibt ein Update zum Stand der Arbeiten der Arbeitsgruppe Innovation & Scale-up. Neben Mitgliedern der Kommission Bildung & Forschung sind auch Vertreter von Redalpine sowie Deep Tech Nation in der Arbeitsgruppe vertreten. Der Kick-off fand am 13. Januar 2026 statt, das zweite Treffen ist für den 6. Februar 2026 vorgesehen.

Der inhaltliche Fokus liegt derzeit auf der Verbesserung der Finanzierung von Start-ups mit hohem Skalierungspotenzial. Ein zentraler Hebel dabei ist die Erhöhung der Investitionen von Pensionskassen in Venture Capital. Parallel zur Arbeit der Arbeitsgruppe fand ein Austausch zwischen economiesuisse und der Beratungsunternehmung Furrerhugi statt. Diese baut aktuell eine Innovationsallianz auf, mit dem Ziel, Überzeugungsarbeit bei Bevölkerung und Politik zum Thema Pensionskasseninvestitionen in Venture Capital zu leisten. economiesuisse plant, in Absprache mit der Arbeitsgruppe und gegebenenfalls mit dieser Innovationsallianz ein Dossier zu erarbeiten und voraussichtlich im Herbst 2026 zu kommunizieren.

Ruedi Minsch berichtet weiter, dass das Weiterbildungsprogramm «Leaders in Exchange» 2025/26 nicht durchgeführt werden konnte, da die Anzahl der Anmeldungen zu gering war. Das Programm richtet sich an Führungskräfte aus Bildung und Wirtschaft. Am 29. Januar 2026 habe jedoch ein Vernetzungsanlass von «Leaders in Exchange» stattgefunden, an dem Yannik Blättler einen spannenden Input zur Führung der Generation Z gegeben habe.

Die Kommissionsmitglieder sind eingeladen, sich an der nächsten Durchführung des Programms 2026/27 zu beteiligen. Geplant ist ein Neustart im Herbst 2026. Das Programm steht Teilnehmenden aus der ganzen Deutschschweiz offen und ist mit einem überschaubaren zeitlichen Aufwand verbunden: über acht Monate, mit rund einem Treffen pro Monat sowie drei Anlässen. Für eine wirtschaftlich tragfähige Durchführung werden 13 Paarungen benötigt. Die Termine für das Programmjahr 2026/27 werden in Kürze kommuniziert.

→ Die Präsentation zum Weiterbildungsprogramm «Leaders in Exchange» ist dem Protokoll beigelegt.

Auf die Frage von **Nina Bachmann**, in welchem Bereich – Wirtschaft oder Bildung – es schwieriger sei, Interessierte zu finden, antwortet **Ruedi Minsch**, dass dies von Jahr zu Jahr unterschiedlich sei.

Nadine Wüthrich gibt ein Update über Geschäfte aus Bundesbern.

- Die Tierversuchsinitiative (25.078) war erstmals in der WBK-N traktandiert. Das Initiativkomitee wurde angehört. Die Beratungen werden Ende Februar fortgesetzt.
- Die WBK-N hat ihren Gesetzesentwurf zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 21.426 abgeschlossen und diesen mit 13 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Der Entwurf stärkt 3R (replace, reduce, refine), erhöht die Transparenz bei Tierversuchen und beschleunigt den Bewilligungsprozess durch Fachsekretariate; Minderheiten befürchten jedoch mehr Bürokratie oder verlangen freiwillige Regelungen für die Kantone. Die Kommission wird ihren Gesetzesentwurf in den nächsten Wochen in die Vernehmlassung schicken und dies mit einer Medienmitteilung ankündigen.

- In der WBK-S forderte eine Standesinitiative (25.304), dass zur Erlangung des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) eine Zweitsprache erlernt werden muss. Das wurde einstimmig abgelehnt. Das Geschäft ist in der Frühlingsession im Ständerat traktandiert.
- Bezüglich dem Entlastungspaket 27 (EP27) weicht der Ständerat bei vielen Massnahmen von der Botschaft des Bundesrates ab. Zwischen 2027 und 2029 würde der Ständerat rund 3 Mrd. Franken weniger einsparen wollen als der Bundesrat. Er hat somit ca. 2/3 des Entlastungsvolumens beschlossen. Im Bereich Bildung, Forschung und Innovation will der Bundesrat für die Jahre 2027–2029 insgesamt 1,35 Milliarden Franken einsparen. Der Ständerat hat diese Kürzungen jedoch reduziert und sie um 530 Millionen Franken auf rund 820 Millionen Franken gesenkt. Derzeit behandelt die Finanzkommission des Nationalrates das Entlastungspaket 27. Die WBK-N empfiehlt in ihrem Mitbericht, die Entscheide des Ständerates zu unterstützen. Der Nationalrat wird das Entlastungspaket 27 in der Frühjahrsession 2026 beraten.
 - ➔ In dieser Übersicht der FK-S können sämtliche Entlastungsmassnahmen, sowie die vom Ständerat vorgeschlagenen Kürzungen eingesehen werden: [25.063 FK-S Übersicht Einsparungen](#)

Ruedi Minsch betont erneut, wie wichtig es sei, dass das Entlastungspaket 27 als Ganzes verabschiedet und nicht aufgeschnürt werde. Die Einsparungen müssten integral erfolgen.

Bettina Balmer zeigt sich erstaunt über **die Divergenz der Positionen des SNF und der economiesuisse**. Sie habe sich stark dafür eingesetzt, dass die Kürzungen beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) nicht zu stark ausfallen.

Katrin Milzow berichtet, dass die Kürzungen beim SNF vom Ständerat halbiert worden seien. Es gebe das Narrativ, dass das BFI-Budget überproportional gewachsen sei; tatsächlich sei es jedoch im Gleichschritt mit den gesamten Bundesausgaben gestiegen. Zudem befinde sich die Schweiz im internationalen Wettbewerb. Kürzungen in Bildung und Forschung würden problematische Signale aussenden, etwa an Talente, die sich dann gegen die Schweiz entscheiden könnten.

Ruedi Minsch gibt zu bedenken, dass wenn der vorgesehene Sparanteil nicht umgesetzt werde, die Diskussion aufgrund der Schuldenbremse später im Rahmen der jährlichen Budgetdebatte erneut geführt werde. In diesem Fall würden insbesondere die ungebundenen Ausgaben betroffen sein – und das würde den Bildungsbereich stark treffen.

Regula Jöhl erklärt, sie sei sehr erleichtert, wenn die Kürzungen im Hochschulbereich nicht allzu stark ausfallen würden. Sie erläutert, dass die Grundbeiträge des Bundes an kantonale Universitäten und Fachhochschulen bisher im HFKG als gebundene Beiträge ausgestaltet seien. Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, müssen diese Beiträge ausgerichtet werden, was Kantonen und Hochschulen eine hohe Planungssicherheit gebe. Mit dem EP27 schlage der Bundesrat jedoch vor, diese Grundbeiträge neu als Maximalbeiträge festzulegen. Damit wären Kürzungen innerhalb einer BFI-Periode möglich, was die finanzielle Planbarkeit der Hochschulen deutlich einschränken würde.

Barbara Bader stimmt zu und hält fest, dass es falsch sei, wegen einmaliger Einsparungen eine dauerhafte Änderung im HFKG vorzunehmen.

Katrin Milzow kritisiert das Argument von economiesuisse. Wenn später entschieden werden müsse, wo der fehlende Sparbetrag kompensiert werde, kämen dieselben Argumente wieder zum Tragen wie bereits in den aktuellen Verhandlungen zum EP27.

Ruedi Minsch zeigt Verständnis für die Argumente der Bildungsseite, betont jedoch, dass er die Situation aus einer systemischen Perspektive beurteile.

Sonja Studer erklärt, dass die Einsparungen im Bereich Bildung und Forschung schmerzhaft seien, da es sich um ein zentrales Thema für die Wirtschaft handle. Gleichzeitig gebe es viele wichtige Politikbereiche,

und Sparen sei aktuell notwendig. Sie zeigt Verständnis für die Bildungsseite, unterstützt aber die Haltung von economiesuisse.

Der Präsident hält fest, dass falls das Entlastungspaket aufgeschnürt werde, darauf geachtet werden müsse, dass der Bildungsbereich nicht überproportional belastet werde. In diesem Fall müsse man sich entsprechend einsetzen.

Ruedi Minsch ergänzt, dass der Bundeshaushalt bis 2029 ohne Kürzungsprogramm um rund 28 Prozent und mit dem Entlastungspaket immer noch um 18 Prozent wachsen würde. Es handle sich also nicht um absolute Kürzungen. Das BIP steige im gleichen Zeitraum um rund 8 Prozent, womit der Bund stärker wachse als die Gesamtwirtschaft. Zwar gebe es im BFI-Bereich ein Minus, nicht jedoch beim Bundeshaushalt insgesamt.

Bettina Balmer merkt an, dass sich in Bundesbern das Wording durchgesetzt habe, wonach im Bildungsbereich überproportional gespart werde. Falls nicht gespart werde, drohe stattdessen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Abschliessend informiert **Ruedi Minsch** über die Zeitachse zu den Bilateralen III. Sobald die Vorlage ins Parlament komme, müsse rasch Position bezogen werden. Mitte März überweise der Bundesrat die Botschaft ans Parlament, womit die Beratungen in den Kommissionen beginnen würden. Eventuell sei im März ein ausserordentliches Meeting der Kommission Bildung & Forschung notwendig.

3 Überblick Arbeitsprogramm

Der Präsident erklärt, dass das Konstrukt des HFKG besonders ist. Seit der Einführung im Jahr 2015 wurden bereits umfangreiche Erfahrungen gesammelt. Dies müsse von aussen nochmals genau analysiert werden, wofür eine fundierte analytische Grundlagenarbeit erforderlich sei.

Ruedi Minsch stimmt zu und weist darauf hin, dass es sich um ein längerfristiges Projekt handelt.

Der Präsident fragt nach dem aktuellen Stand der Studie zum Rückgang der Innovationsaktivität.

Ruedi Minsch erwidert, dass dies abgeklärt werden müsse.

4 Referat von Andrea Schweizer, Rektorin PH Zürich, Thema «Zukunft gestalten. Zeitgemässe Lehrpersonenbildung und ihre Herausforderungen»

→ Die Präsentation ist als separater Anhang verfügbar. Die Fragerunde wird eröffnet:

Der Präsident fragt, ob für Quereinsteiger sowohl ein Hochschulabschluss als auch Berufserfahrung erforderlich sei.

Andrea Schweizer bestätigt, dass beides nötig sei. Bei Surdosser hingegen können Personen mit Berufserfahrung, aber ohne Hochschulabschluss aufgenommen werden, sofern sie die entsprechenden Anforderungen erfüllen.

Der Präsident erkundigt sich nach dem Stand der Diversität in der Lehrpersonenausbildung.

Andrea Schweizer erklärt, dass in der Eingangsstufe weniger als 10 Prozent Männer unterrichten, in der Primarstufe 18 Prozent Männer, und in der Sekundarstufe I und II etwa ein ausgewogenes Verhältnis von 50:50 herrscht.

Ruedi Minsch weist darauf hin, dass er eine Studie im Kopf habe, die zeige, dass viele Lehrpersonen nach dem Studium zunächst nur Teilzeit arbeiten oder ein Praktikum absolvieren und dann wieder aus dem Beruf aussteigen. Auf Folie 29 der aktuellen Ergebnisse sei dies jedoch nicht erkennbar.

Andrea Schweizer bestätigt dies, ergänzt aber, dass insbesondere Lehrpersonen ohne Lehrdiplom häufiger die Schule wechseln oder den Beruf verlassen.

Der Präsident fragt, ob die Nachfrage nach Spezialausbildungen, etwa für Heilpädagogen, tatsächlich so hoch sei. Könnte man mit dem Einsatz starker Klassenlehrpersonen den Bedarf nicht reduzieren?

Andrea Schweizer erklärt, dass die Situation kantonale sehr unterschiedlich sei. In manchen Schulen entstünde durch zusätzliche Lektionen für Heilpädagogen ein entsprechender Bedarf. Gleichzeitig stossen Lehrpersonen in bestimmten Situationen an ihre Grenzen, weshalb Unterstützung notwendig sei. Teilweise werde der Bedarf auch künstlich geschaffen.

Der Präsident merkt an, dass die Parteipolitik die Schule entdeckt habe und fragt, wie man damit umgehe.

Andrea Schweizer hält dies für schwierig und ist der Ansicht, dass es den Pädagogischen Hochschulen erheblich schade und die Probleme nicht löse.

Der Präsident fragt, wie mit Stereotypen und Klischees umgegangen werde.

Andrea Schweizer erklärt, dass die Bandbreite der Lehrpersonen sehr gross sei, zum Beispiel über 50 Prozent Frauen in der Mathematik. Die Schule verändere sich langsam, die Politik basiere aber häufig auf Annahmen darüber, wie Schule und Lehrpersonen „sein sollten“, was die Situation erschwere.

Stephan Schreckenberg weist darauf hin, dass die Anforderungen an Lehrpersonen, insbesondere von Seiten der Eltern, steigen und immer mehr Erziehungsaufgaben an die Schule delegiert würden.

Andrea Schweizer stimmt zu und ergänzt, dass neben der Klassenführung die zunehmenden Ansprüche der Eltern auch die Ausbildung beeinflussen. Der Druck habe massiv zugenommen.

Bettina Balmer möchte die Lehrerschaft auf administrative Probleme aufmerksam machen, was das Einfordern von Zeugnissen bei Krankheit oder Verletzung eines Kindes betreffe. Solche Dispensen seien gesetzlich nicht vorgeschrieben und erzeugten unnötigen Verwaltungsaufwand. Sie erkundigt sich zudem nach Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrpersonen.

Andrea Schweizer erklärt, dass es keine klassischen Aufstiegsmöglichkeiten gebe, wohl aber Diversifizierungsmöglichkeiten, zum Beispiel in Verbänden zu arbeiten. Dieses Thema werde künftig immer wichtiger.

Der Präsident fragt, ob das Schulsystem nicht zu komplex aufgebaut sei, zum Beispiel hinsichtlich integrativer Schulen.

Andrea Schweizer teilt nicht alle Organisationsformen integrativer Schulen, betont aber die Wichtigkeit, Menschen zu stärken und nicht zu Schubladisieren. Separative Schulen könnten ihrer Ansicht nach nicht alle Potenziale ausschöpfen.

5 Varia

Der Präsident fragt nach Varia.

Sonja Studer erklärt, dass der Verband für technische Berufe vor einer Grundschwierigkeit steht: Es sei herausfordernd, Jugendliche für Technik und Industrie zu begeistern. Viele Jugendliche hätten nur wenig Ahnung davon, wie ein Unternehmen tatsächlich funktioniert. Der Verband stehe deshalb in Kontakt mit Regierungsräten. Sie möchten, dass die Wirtschaft für die Schülerinnen und Schüler erlebbar gemacht wird, damit sich diese besser vorstellen können, was unter den verschiedenen Berufen zu verstehen ist.

Sonja Studer betont ausdrücklich, dass das Curriculum nicht weiter ausgeweitet werden sollte, sondern dass vielmehr Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schüler stärker für die Arbeitswelt in der Wirtschaft sensibilisiert werden sollen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, 19. Juni 2026 statt.

Die Sitzung vom 18. September 2026 findet an der Universität Zürich statt (ganztägiger Anlass). Das Detailprogramm folgt noch.

Der Präsident schliesst die Sitzung um 12:18 Uhr und lädt die Anwesenden zur gemeinsamen Verpflegung ein.